

Sozialtarif | 16.09.2026 | Nr. 282/26

## **Rasmus Vöge: TOP 29: Wir arbeiten an einer einfacheren Tarifstruktur**

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren,

die SPD schlägt heute vor, mit der Reform des Schleswig-Holstein-Tarifs ab August 2027 zusätzlich einen landesweiten Sozialtarif auf Grundlage des Deutschlandtickets einzuführen.

Es lohnt sich, bei dieser Debatte zunächst darauf zu schauen, was wir bereits haben und wohin sich unser Tarifsystem entwickelt.

Denn unser Ziel muss ein Nahverkehr sein, der möglichst einfach zugänglich ist, der attraktive Preise bietet und bei dem die Menschen nicht erst Tarifexperten sein müssen, bevor sie in einen Bus oder einen Zug steigen. Genau hier setzt die Reform des Schleswig-Holstein-Tarifs an.

Die heutige Tarifstruktur soll deutlich einfacher werden. Ähnliche Fahrkarten werden zusammengeführt, Sonderregelungen reduziert und die Zahl der Preisstufen erheblich verringert. Tageskarten sollen künftig so gestaltet sein, dass sie sich bereits bei einer Hin- und Rückfahrt lohnen. Gleichzeitig soll es eine Mitfahreroption geben, die insbesondere auch Familien berücksichtigt.

Und für Vielfahrer ist die entscheidende Veränderung längst Realität: das Deutschlandticket.

Das Deutschlandticket kostet derzeit 63 Euro im Monat und gilt bundesweit im Nahverkehr. Seine Bedeutung für Schleswig-Holstein ist enorm. Rund 70 Prozent der Fahrten im SH-Tarif werden bereits mit dem Deutschlandticket, dem vergünstigten Deutschland-Jobticket oder dem Deutschland-Schulticket unternommen. Das zeigt: Das Deutschlandticket ist kein Nischenangebot. Es prägt inzwischen den Nahverkehr bei uns im Land!

Hinzu kommen gezielte Vergünstigungen für unterschiedliche Gruppen. Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende in rein schulischer Ausbildung erhalten mit dem Deutschland-Schulticket mindestens 20 Euro Rabatt im Monat. Damit kostet dieses Ticket derzeit höchstens 43 Euro monatlich – und gilt trotzdem bundesweit. Viele Schülerinnen und Schüler, die Anspruch auf Schülerbeförderung haben, erhalten über

ihren Schulwegkostenträger sogar einen Zuschuss zum Deutschlandticket.

Für Beschäftigte gibt es das Deutschland-Jobticket. Und Freiwilligendienstleistende in Schleswig-Holstein erhalten einen zusätzlichen Landeszuschuss. Dadurch kann ihr Deutschland-Jobticket bei den entsprechenden Voraussetzungen sogar vollständig bezuschusst werden.

Wir haben also schon heute nicht nur einen einzigen Preis für alle. Wir haben ein System aus einem bundesweit gültigen Grundangebot und gezielten Vergünstigungen für verschiedene Lebenssituationen.

Bei der Frage nach einem zusätzlichen Sozialtarif muss deshalb auch betrachtet werden, wie sich ein weiteres Angebot in diese Struktur einfügen würde: Wer wäre anspruchsberechtigt? Wie würde der Nachweis erfolgen? Welche Verwaltung wäre notwendig? Wer würde die zusätzlichen Kosten dauerhaft tragen? Und wie verhielte sich ein solches Angebot zu den bereits bestehenden Vergünstigungen?

Aus unserer Sicht sind den Kommunen keine weiteren Kosten zumutbar. Woher sollte das Land das Geld bekommen? Erste Kostenschätzungen gehen von Beträgen zwischen 8 bis 50 Millionen Euro aus. Das ist schlicht nicht finanzierbar. Und ich will es an dieser Stelle einmal sagen: Der Staat kann nicht immer mehr Aufgaben übernehmen.

Im übrigen hängt attraktive Mobilität nicht allein vom Ticketpreis ab. Ein günstiges Ticket hilft den Menschen wenig, wenn der Bus nicht fährt oder der Zug unzuverlässig ist. Zum Nahverkehr gehören deshalb auch ein gutes Angebot, verlässliche Verbindungen, moderne Fahrzeuge und eine leistungsfähige Infrastruktur. Und daran arbeiten wir! Auch vor dem Hintergrund der schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen.

Der neue Schleswig-Holstein-Tarif soll einfacher und verständlicher werden. Das Deutschlandticket bietet Nutzern des ÖPNV ein bundesweit einheitliches Angebot. Für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende, Beschäftigte und Freiwilligendienstleistende bestehen zusätzliche Vergünstigungen.

Lassen Sie uns gerne über den neuen Schleswig-Holstein-Tarif sprechen, wenn er ausgearbeitet ist. Die einzelne Forderung nach einem Sozialtarif lehnen wir heute ab.